



## An die Medien

Datum 09.01.2019

Ihr Schreiben  
Ihr Aktenzeichen

SGV Geschäftsstelle  
Goethestr. 4  
63679 Schotten  
Tel. 0170/2037091  
[info@sgv-ev.de](mailto:info@sgv-ev.de)  
[www.sgv-ev.de](http://www.sgv-ev.de)

### **Nachhaltige Wasserwirtschaft, Betriebswasserversorgung und Lastenausgleich im Koalitionsvertrag verankert – SGV wird die neue Landesregierung beim Wort nehmen und fordert die baldige Entlastung der Fernwassergewinnungsgebiete**

Vorsitzende  
Cécile Hahn

2. Vorsitzender  
Heiko Stock

Schriftführer  
Walter Pfeifer

Schatzmeister  
Peter Weiß

Beisitzer  
Gabriele Geiß  
Gudrun Huber-Kreuzer  
Matthias Kalkhof  
Beate Werm

Es ist, nach langer Vorarbeit der SGV, für eine zukunftsfähige Wasserpolitik ein echter Durchbruch bei der Regierungsbildung in Wiesbaden: Die mögliche Entlastung der Fernwassergewinnungsgebiete, auch im Vogelsberg, rückt in greifbare Nähe. Zumindest das Gros der hessischen Landespolitik scheint mittlerweile einzusehen, dass die künftige Wasserversorgung für Rhein-Main wesentlich stärker aus den dortigen Wasservorkommen gedeckt werden muss. Auch aus solchen, die keine Trinkwasserqualität haben.

Dies geht aus den entsprechenden Passagen des neuen Koalitionsvertrages zwischen den Grünen und der CDU hervor. Darin heißt es auf Seite 108: „...um die Versorgung der Bevölkerung mit gutem Trinkwasser nachhaltig zu sichern. Dabei werden wir Maßnahmen wie z.B. die Einführung von Brauchwassersystemen in Industrie- und Wohnanlagen forcieren. Die Kommunen sollten bei der Ausweisung von Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten den Bau eines Zweileitungssystems aus Trink- und Brauchwasser prüfen.“ Damit wird eine der wichtigsten Forderungen der SGV, nämlich dass im Verbrauchsgebiet zumindest in Neubauten kein kostbares Trinkwasser mehr in das WC gekippt werden soll, zu einem Pfeiler der Landespolitik. Dies ist, neben der verstärkten Nutzung der ortseigenen Trinkwasserwerke, eine wichtige Voraussetzung für eine stärkere Eigenversorgung z.B. in Frankfurt, und damit für ein Reduzieren des Fernwasserimports.

Auch eine andere, wichtige SGV-Forderung hat Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Seit Jahrzehnten schon bezahlen die Kommunen in den Fernwasser-Gewinnungsgebieten für den Grundwasserschutz für Rhein-Main viel Geld und erleiden zudem Umweltschäden. Damit sollte jetzt Schluss sein.

Denn im Koalitionsvertrag steht: „ Wir wollen den örtlichen Auswirkungen der Nutzung der Wasserressourcen, zum Beispiel im Vogelsberg und im hessischen Ried, in Form von Umwelt- und Ressourcenkosten durch einen zweckgebundenen Ausgleich Rechnung tragen.“ Wird dies wirklich umgesetzt, dürften Gewinnungsgebiete mit einem Ausgleich von Kosten, die durch Wasserschutzgebiete entstehen, rechnen können. Gleiches gilt für das Begleichen angerichteter Umweltschäden. Denn auch das Regenerieren von trockengelegten Feuchtgebieten kostet Geld.

Die SGV ist zuversichtlich, dass der Koalitionsvertrag eine gute Basis für das tatsächliche Durchsetzen ihrer Forderungen ist, und dass das jahrelange öffentliche Streiten ums Wasser in der Landespolitik endlich zu einem grundsätzlichen Umdenken führt. Denn nicht nur Grüne und CDU haben sich zu einer starken Eigenversorgung in Rhein-Main, zu einer Regelversorgung mit Betriebswasser und zum Lastenausgleich bekannt. Auch die SPD und die LINKE haben sich im Landtag und dann später im Wahlkampf wiederholt klar dafür ausgesprochen. Damit steht eine starke politische Mehrheit hinter diesen SGV-Forderungen. Mit diesem Rückenwind müssen jetzt alle Beteiligte an die konkrete und konsequente Umsetzung gehen.

Bei der Verstärkung der Eigenversorgung müssen allerdings die Verbrauchskommunen mitziehen. Schließlich sind sie für das Steuern des Wasserverbrauchs ihrer Einwohner verantwortlich. Ob sie das ohne weiteres tun werden ist fraglich, da hier die Lobby der großen Wasserversorger wie die Hessenwasser GmbH, die z.B. ihre Gewinne aus dem Wassergeschäft zu 38% an die Stadt Frankfurt weiterleitet, weiter auf der Bremse steht. Die SGV mahnt daher vor allem Großabnehmer für Vogelsbergwasser wie Frankfurt an, endlich ihre Versprechungen wahr zu machen und sich mit entsprechenden politischen Entscheidungen ernsthaft für einen geringeren Fernwasserverbrauch einzusetzen. Nicht nur weil sich das Trockenjahr 2018 jederzeit wiederholen kann, sondern auch um Fehlinvestitionen in den weiteren Ausbau von unnötigen Fernwasserleitungen zu vermeiden. In den nächsten Wochen wird die SGV ihre Punkte sowohl in Wiesbaden als auch in Frankfurt weiter intensiv einfordern.